

MEIN ABSTIMMUNGSVERHALTEN 2010

Laut Artikel 38 des Grundgesetzes sind Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Tatsächlich wird aber erwartet, dass wir uns an den Mehrheitsbeschlüssen unserer Fraktion orientieren.

In der Opposition ist es nicht mehr so schwer, die eigene Entscheidungen abzuwägen. Es liegt nahe, dass ich gemeinsam mit meiner Fraktion mit vielen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung nicht übereinstimme und wir das entsprechende Gesetz gemeinsam ablehnen.

Die 2010 gravierendste Entscheidung der Bundesregierung war die über die VERLÄNGERUNG VON AKW-LAUFZEITEN. Schwarz-Gelb wollte uns und den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, dass ihr Energiekonzept den Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien weist. Das war ein reiner Etikettenschwindel mit einer starken Unterstützung durch die Atomlobby.

Weitere wichtige Themen in diesem Jahr:

GESUNDHEITSREFORM: Ich habe geschlossen mit meiner Fraktion mit Nein gestimmt. Die im FDP-geführten Gesundheitsministerium ausgedachte „Reform“ bedeutet nach unserer Auffassung die Abkehr von der solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die sich über Jahrzehnte bewährt hat und auch international als Vorbild dient. Meine Befürchtung ist: Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik wird zur Spaltung unserer Gesellschaft beitragen, indem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig allein die Lasten steigender Gesundheitsausgaben schultern müssen.

EURO-RETTUNGSSCHIRM: Die Schuldenkrise Griechenlands hat Europa 2010 voll erreicht. Bei der Abstimmung über die Milliarden-Bürgschaften habe ich mich enthalten. Zwar wollte ich für die Solidarität innerhalb der EU eintreten, doch der Gesetzentwurf hat die Banken als Mitverursacher der Krise nicht in die Pflicht genommen. Ohne das Bekenntnis zu einer Finanzmarktsteuer konnte ich dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

UNIFIL-EINSATZ IM LIBANON: Hier habe ich zugestimmt. Die Bundeswehr trägt dazu bei, Waffenschmuggel über See zu verhindern. Und sie unterstützt die libanesische Regierung durch Ausbildung und Ausrüstung erfolgreich dabei, diese Aufgabe in Zukunft selbst übernehmen zu können.

„GLÄSERNER ABGEORDNETER“

ABGEORDNETENENTSCHÄDIGUNG: Die zu versteuernde Abgeordnetenentschädigung beträgt seit dem 1.1.2009 7.668 Euro monatlich (brutto). Nebeneinkünfte habe ich nicht. Weihnachts- oder Urlaubsgeld erhalten Bundestagsabgeordnete nicht. Eine Übersicht über alle Zuwendungen finden Sie auch hier:
http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_diaeten/index.html

KOSTENPAUSCHALE: Für mandatsbezogene Ausgaben erhalten Abgeordnete eine Kostenpauschale in Höhe von ca. 3.970 Euro monatlich. Diese Pauschale ist umstritten, auch weil wir die tatsächlichen Ausgaben nicht belegen müssen. Ich teile diese Kritik. Ich verwende die gesamte Kostenpauschale für mandatsbezogene Ausgaben. Im Jahr 2010 habe ich dafür 47.128 Euro erhalten und 50.193 Euro ausgeben, nämlich:

- 13.271 Euro für Vereine und Verbände, in denen ich wegen meines Mandats Mitglied bin
- 1.643 Euro für Spenden
- 16.617 Euro für meine Wahlkreisbüros in Rendsburg und Eckernförde. (Miete, Nebenkosten)
- 1.454 Euro für Porto, Büromaterial, das nicht vom Deutschen Bundestag gestellt wird
- 6.228 Euro für meine Zweitwohnung
- 9.678 Euro für Mobilität und weitere Auslagen, wenn ich im Wahlkreis und bundesweit als Abgeordneter unterwegs bin
- 527 Euro für Tagungen und Veranstaltungen
- 775 Euro für Zeitungen

MITARBEITERPAUSCHALE: Für Mitarbeiter standen mir 2010 monatlich rund 14.712 Euro zur Verfügung. Diese Summe erhalte ich nicht selbst, die Bundestagsverwaltung bezahlt daraus die von mir eingestellten Mitarbeiter unmittelbar. Ich beschäftige in Berlin Anne-Katrin Fischer und Stephan Borghorst, im Wahlkreis Birgit Koch, Götz Borchert und Jörg Hamer.

DIÄTENERHÖHUNG: Mit meinen schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion habe ich im Frühjahr 2008 gegen die geplante Erhöhung der Diäten gestimmt. Nicht, weil ich die Diäten für zu hoch halte, sondern weil ich es nicht für vermittelbar halte, dass es ohne eine grundlegende Reform der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten eine weitere Erhöhung gibt. In den Jahren 2009 und 2010 gab es ebenfalls keine Erhöhungen.



Sönke Rix, MdB Rechenschaftsbericht 2010

Wahlkreis: Nienstadtstr. 10 • 24768 Rendsburg
Tel. 04331-8685765 • Fax 04331-8685745
soenke.rix@wk.bundestag.de
Berlin: Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel. 030-227-77270 • Fax 030-227-76270
soenke.rix@bundestag.de
www.soenke-rix.de

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,



Sie halten meinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010 in Händen, den Sie auch auf meiner Internet-Seite www.soenke-rix.de finden können.

Wie in den vergangenen Jahren möchte ich damit nicht meine Ansichten zu einzelnen Politikfeldern verbreiten, sondern kurz Stellung beziehen zu meiner persönlichen Bilanz, zu den Schwerpunkten meiner Arbeit in Berlin, zu meinem Abstimmungsverhalten in wichtigen politischen Fragen und zu meiner Wahlkreisarbeit.

2010 war für mich und viele meiner Kollegen das erste volle Jahr in der Opposition. Gleichzeitig führte das schlechte Wahlergebnis aus dem Jahr 2009 dazu, dass die SPD-Fraktion merklich kleiner wurde. Das bedeutet: Die Arbeit, die durch die langen und formalen Wege eher mehr wurde, musste auf weniger Schultern verteilt werden. Insgesamt habe ich 2010 viel dazu gelernt. Doch nicht selten habe ich auch — frei nach Franz Münterfering — gedacht: Opposition ist Mist!

Herzliche Grüße
Ihr

MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit bin ich Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2010 haben wir in diesem Ausschuss u.a. die Themen Gleichstellung durch Quotenregelungen, Kinderbetreuung und frühkindliche Förderung, Kinderrechte und die Finanzierung von Frauenhäusern federführend behandelt.

Das Thema, das die zweite Jahreshälfte bestimmt hat, war die Aussetzung der Wehrpflicht und die damit einhergehenden Konsequenzen für den Zivildienst. Die Planungen für ein Gesetz zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes haben wir von Anfang an kritisch begleitet und uns mit Wissenschaftlern, Wohlfahrtsverbänden und Freiwilligen ausgetauscht. Meiner Meinung nach hat die Bundesregierung mit ihrer Vorstellung von einem staatlich organisierten Freiwilligendienst den falschen Weg eingeschlagen.

In der Arbeitsgruppe Familie der SPD-Bundestagsfraktion bin ich seit Beginn dieser Legislaturperiode stellvertretender Sprecher und verantwortlich für die Bereiche Jugend und Senioren. 2010 war ich zudem Berichterstatter für folgende Themen:

- Freiwilligendienste
- Zivildienst
- Bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung und Partizipation

Außerdem bin ich Obmann im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und Sprecher der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktion. Dort setzen wir uns dafür ein, dass die guten Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus weiterhin finanziert und erhalten werden und ihnen keine Steine in den Weg gelegt werden. Leider arbeitet die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht vertrauensvoll mit der Zivilgesellschaft zusammen. Das zeigt sich u.a. an der sogenannten Extremismusklausel, die 2010 eingeführt wurde.

Zu Beginn der Legislaturperiode wurde ich zudem als Mitglied in die Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein entsandt.

MEINE WAHLKREISARBEIT

INFORMATIONEN: In regelmäßigen Abständen verschicke ich per E-Mail meinen „Bericht aus Berlin“ an alle Interessierten. Darin greife ich aktuelle politische Fragen auf, stelle meine persönliche Meinung dazu dar oder erkläre mein Abstimmungsverhalten bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag. Weitere Informationen von mir finden Sie auf meiner 2010 völlig neu gestalteten Internet-Seite: www.soenke-rix.de. oder in den sozialen Netzwerken: www.facebook.de/soenkerix und www.twitter.com/soenkerix.

WAHLKREISBÜROS: In meinem Büro in der Nienstadtstraße in Rendsburg arbeiten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich biete Bürgersprechstunden an, die Rendsburger SPD und der SPD-Kreisverband haben sich ebenfalls dort eingemietet. Das alles geht jetzt auch in Eckernförde: Im Sommer konnte ich in der Ottestraße 5 ein weiteres Büro eröffnen.



BESUCHERGRUPPEN: Wie in den Jahren zuvor habe viele Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis in Berlin getroffen, darunter viele Schulklassen und die BPA-Gruppen, drei 50-köpfige Gruppen pro Jahr, die an drei Tagen den Politikbetrieb in Berlin kennenlernen können.

VERANSTALTUNGEN/TERMINE: Außerhalb der Sitzungswochen „bereise“ ich den Wahlkreis mit eigenen themenbezogenen Veranstaltungen („Fraktion vor Ort“), Ortsvereinsrunden und Besuchen in Gemeinden, Betrieben, Einrichtungen, bei Vereinen und Verbänden.